



## **Bürgerinitiative *Lebenswertes Rügen* (BI) fragt nach - Politiker antworten**

Rügen<sup>1</sup> ist und bleibt die beliebteste Insel Deutschlands. Das sehen Einwohner und Touristen<sup>2</sup> gleichermaßen so. Aber auch auf der Urlaubsinsel gibt es zahlreiche Probleme und Konflikte spitzen sich teilweise dramatisch zu.

### **1. Verkehrschaos vs. Verkehrswende**

Überfüllte und zu enge Straßen, unzureichend ausgebaute Radwege, Verkehrslärm und ein stetig angewachsener Individualverkehr sind nur einige Stichworte zur Verkehrssituation. Infolgedessen wird die gegenwärtige Infrastruktur den Ansprüchen von Auto-, Rad- und E-Bikefahrern sowie Fußgängern vielerorts auf Rügen kaum noch gerecht.

**Was muss aus Ihrer Sicht passieren, um eine Verkehrswende einzuleiten?**

**Wie kann und soll eine umweltverträgliche, leistungsstarke und den veränderten touristischen Nutzungsinteressen angepasste Verkehrsinfrastruktur entwickelt werden?**

Um eine tatsächliche Verkehrswende zu erreichen, bedarf es eines gut abgestimmtes integrierten Verkehrskonzepts und einer attraktiven Ausgestaltung der Verkehrsinfrastruktur und der Nutzungsbedingungen.

Das beinhaltet die gute Anbindung an die Fernverbindungen der Bahn, eine gut abgestimmte Verbindung zwischen Fernverkehren und dem ÖPNV, integrierte Verkehrskonzepte vor Ort und gut ausgebaute Radwegenetze. Mit einem attraktiven, das heißt eng getakteten und möglichst kostenfrei nutzbaren, ÖPNV könnte dann eine deutliche Entspannung der Verkehrssituation erreicht werden.

Das ist in erster Linie eine Aufgabe der regionalen Akteure in Tourismus, Verwaltung und Politik, der aber vom Land eng begleitet werden kann.

### **2. Wohnraum vs. Feriendomizile**

Wohnraum für Einheimische und für Personal in der Tourismusbranche wird immer knapper, und infolgedessen teurer, vor allem in den touristischen Hochburgen. Der Bau neuer Unterkünfte und die Umwandlung von bestehendem Wohnraum in Feriendomizile dominiert das Bauen auf der Insel. Touristische Investitionen sollen oft in Außenbereichen und als Großprojekte umgesetzt werden, stoßen aber sowohl bei Einwohnern als auch bei Touristen auf Gegenwehr.

**Worin sehen Sie einen Ausweg aus diesem Dilemma?**

**Welche Möglichkeiten wollen Sie nutzen, dass Rügen lebenswert bleibt und kein zweites Sylt wird?**

Deutschlandweit gibt es eine deutliche Verschiebung der touristischen Nachfrage zu nachhaltigeren Formen des Reisens und weg von Großprojekten. Jede Tourismusregion ist gut beraten, die eigene Situation vor diesem Hintergrund kritisch zu prüfen und die Entwicklungsziele für die Zukunft entsprechend anzupassen. Touristische Qualität erfordert aber auch ein attraktives Lebensumfeld für die Bewohner einer Tourismusregion und insbesondere für die in der Tourismuswirtschaft beschäftigten Menschen.

---

<sup>1</sup>Der Begriff *Rügen* wird für die Bezeichnung der Inseln Rügen und Hiddensee verwendet.

<sup>2</sup>Die Verwendung von Begriffen wie Einwohner ist als geschlechtsneutrale Bezeichnung zu verstehen und bezieht Frauen, Männer und Diverse gleichberechtigt ein.

Dazu zählt insbesondere bezahlbares Wohnen. Hier stehen sowohl die Regionalplaner als auch die Gemeinden in der Pflicht, entsprechende Gebiete auszuweisen und zu entwickeln. Die Zweckentfremdung von Wohnraum zu beschränken und sozialen Wohnungsbau in Tourismusgebieten durch das Land stärker zu unterstützen könnten mögliche Ansatzpunkte sein, um diese Entwicklung zu fördern.

### **3. Kirchturmpolitik vs. Verantwortung für ganz Rügen**

Die Planungshoheit liegt bei den Gemeinden und Bebauungspläne sind oft bis zu zwanzig Jahre alt wie am Bug bei Dranske oder für das Areal des ehemaligen Schlosses Dwasieden in Sassnitz. Ein aktuelles Entwicklungskonzept für Rügen gibt es nicht. Die BI schlägt die Einberufung eines „Inselrates“ vor, der ergänzend zu bestehenden Gremien wie Gemeinde- und Stadtvertretungen einberufen werden soll, um ein Gesamtkonzept zur nachhaltigen Regionalentwicklung Rügens zu erstellen. Des Weiteren befürwortet die BI ein Moratorium für die Bettenentwicklung entsprechend des Tourismuskonzeptes für Rügen. Danach soll das Verhältnis von Einwohnern zu Ferienbetten von 1 zu 1,5 auf Rügen konsequent eingehalten werden.

**Wie kann aus Ihrer Sicht bei Entscheidungsträgern auf kommunaler und Landesebene Verantwortung für Rügen entwickelt oder eingefordert werden?**

**Was spricht aus Ihrer Sicht für den Vorschlag eines Moratoriums, was dagegen?**

Den Menschen auf der Insel Ratschläge zu geben, wie sie ihre Interessen besser hörbar machen können, möchte ich mir nicht anmaßen.

Ein Moratorium im genannten Sinne halte ich nur dann für eine Möglichkeit, wenn es nicht zu statisch ausgestaltet wird und hinreichend flexibel ist, damit neue, qualitativ hochwertige und nachhaltige Angebote geschaffen werden können und gleichzeitig veraltete Angebote den Markt verlassen.

### **4. „Gießkannen“-Förderung vs. Lastenausgleich**

Viele Kommunen auf Rügen brauchen weiterhin finanzielle Unterstützung. Nur so lassen sich Vorhaben in den Orten umsetzen, können regionale Wertschöpfungsketten etabliert und arbeitsmarktpolitische Effekte erzielt werden. Mittel der EU, des Bundes und des Landes sind deshalb für eine Gesamtfinanzierung notwendig. Doch nicht alle Gemeinden haben bisher und werden zukünftig davon profitieren können und sind deshalb auf einen Lastenausgleich angewiesen.

**An welche Auswahlkriterien sollten Förderungen in Zukunft geknüpft werden? Sollen touristische Großprojekte weiterhin vom Land gefördert werden?**

**Ist Ihrer Auffassung nach ein Lastenausgleich zwischen den Gemeinden und Kommunen auf Rügen erforderlich und wenn ja, wie sollte ein solcher erfolgen?**

Eine Unterstützung durch das Land sollte sich nicht allein an den Kriterien groß oder klein orientieren sondern an der Frage, ob das einzelne Projekt zu den Entwicklungszielen des Landes, der Region und der Gemeinde passt und für die Umwelt verträglich ist.

Der Finanzausgleich zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Kommunen ist grundsätzlich im Finanzausgleichsgesetz des Landes (FAG-MV) geregelt. Hier bedarf es keiner regionalen Ergänzung. Etwas anderes ist es allerdings im Bereich der touristischen Infrastruktur. Hier konnten bislang nur wenige Orte Abgaben erheben, um die damit verbundenen Kosten zu decken. Durch die im Juni erfolgte Änderung des Kommunalabgabengesetzes ist es jetzt möglich, Tourismusregionen zu definieren, in denen solche Abgaben gemeinsam erhoben und dann in touristische Infrastrukturmaßnahmen investiert werden können.

### **5. Gemeinderat vs. bürgerschaftliches Engagement**

In den Orten bestehen demokratisch gewählte Gremien wie der Gemeinderat oder die Stadtvertretung. Viele Bürger sehen sich und ihre Interessen dennoch nicht vertreten und engagieren sich verstärkt außerhalb

dieser Gremien. Zunehmend werden Volksentscheide gefordert. Bürgerschaftliches Engagement zeigt sich neben der Mitarbeit in Vereinen zunehmend in Bürgerinitiativen. Junge Leute wirken bei *Fridays for Future* mit.

**Wie schätzen Sie dieses außerparlamentarische Wirken ein?**

**Wie sollten die gewählten Vertreter auf kommunaler und Landesebene damit umgehen?**

Die Willensbildung im außer- und vorparlamentarischen Raum ist ein wichtiges Element unserer Demokratie. Alle in Parlamenten und Verwaltungen tätigen Menschen sind gut beraten, hier einen engen Austausch zu pflegen und damit die in ihre Hände gelegten Entscheidungen auf eine breite Grundlage zu stellen. Gleichzeitig würde ich mir noch mehr Bereitschaft wünschen, in den Parlamenten auf unterschiedlichen Ebenen Verantwortung für die Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens zu übernehmen.

-----